53. Jahrgang. № 145. Mittwoch, 26. Mai 1909.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis vorher. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Dreiring-Cacao.
Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Buchholz-Hüte
Annenstrasse 28
Neu eröffnet: Wettinerstr. 21.

Trauringe:
Massiv Gold — fugenlos!
Das Paar von 10 bis 50 Mark.
— Gravierung gratis. —
Gustav Smy
Dresden-A., Moritzstrasse 10
(Ecke König Johann-Strasse).

Biesolt & Lockes
Meissner Nähmaschinen
haben Weltruf!
Haupt-Niederlage bei
M. Eberhardt, Mechaniker
Dresden, Marienstrasse 14.
Reparaturen aller Systeme in eigener Werkstatt.

Bruchbänder und Leibbinden sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt
Carl Wendschuchs Etablissement Struvestrasse 11.

Ankündigungen,

die sich auf am **zweiten Pfingstfeiertag** stattfindende öffentliche Veranstaltungen, Konzerte 2c. beziehen, bitten wir als Voranzeigen für die 1. Feiertagsnummer aufzugeben, da am zweiten Feiertag kein Blatt erscheint.

Bei Aufgabe von **Familien-Anzeigen** (Verlobungen und Vermählungen) ist die Beibringung einer amtlichen Legitimation erforderlich.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Warm, Gewitterneigung.

Der König hat aus Anlaß seines Geburtstages 31 Strafgefangenen die Freiheit geschenkt.

Die Finanzkommission des Reichstages führte in ihrer gestrigen Nachmittagssitzung die Beratung der Brausteuervorlage zu Ende und begann dann die zweite Lesung des Tabaksteuergesetzes; die Zigarrenbandecolesteuer wurde auch in zweiter Lesung abgelehnt.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat beschlossen, an den Bundesrat einen Protest gegen die Reichswertzuwachssteuer zu richten.

Das preußische Herrenhaus setzte die Etatberatung fort; das Abgeordnetenhaus erledigte die Stempelsteuernovelle, das Eisenbahnanleihegesetz und die Berggesetznovelle.

Das Luftschiff „Z. II" wird heute seine erste Probefahrt ausführen.

Großen Bahndiebstählen ist man in Rostow am Don auf die Spur gekommen; der Wert der gestohlenen Waren soll sich auf etwa 25 Millionen Rubel belaufen.

Die serbische Regierung hat eine Organisation entdeckt, welche den Sturz der Dynastie in Serbien und Montenegro anstrebt.

Deutsch-englische Friedensbesuche.

Gegenwärtig sind Mitglieder der städtischen Verwaltungen von Berlin, Charlottenburg und Potsdam, in Erwiderung des Besuchs, den der Vorgänger des amtierenden Lord-Mayors von London in Berlin abgestattet hat, Gäste der Hauptstadt des britischen Reiches. Es wird damit ein neues Glied zu der Kette von Freundschaftsbeweisen gefügt, um die sich das deutsch-englische Verständigungskomitee ein hohes Verdienst erworben hat und zu denen auch König Eduard beigetragen hat, indem er im Februar dieses Jahres mit seiner Gemahlin den schuldigen Gegenbesuch am Berliner Kaiserhof abstattete. Dieser Besuch fällt in ein eigentümliches Stadium der deutsch-englischen Beziehungen. Mitten im tiefsten Frieden hat sich großer Teile des englischen Volkes eine Erregung bemächtigt, als stünde der Krieg mit Deutschland unmittelbar vor der Tür. Was sich in England in den letzten Tagen und Wochen abgespielt hat, läßt sich nicht einfach als alberne oder krankhafte Ausgeburt einer durch eine ebenso sensationslüsterne wie verdienthungrige Presse überreizten Phantasie abtun. Gewiß sind es an sich lächerliche Erscheinungen der Invasions- und Spionagefurcht, die Meldungen über geheimnisvolle Luftschiffe, wobei es sich in Wirklichkeit um Reklame-Modelle handelt, über Verwendung deutscher Handelsschiffe zu Truppenlandungsmanövern, über Geschütze an Bord von Handelsdampfern, die sich als Raketenschießapparate entpuppt haben, über unterseeisch arbeitende Bohrmaschinen, über deutsche Waffenarsenale in englischen Städten, über eine — aus 60 000 Barbieren und Kellnern bestehende — deutsche Armee in London, die der Kriegsminister Haldane in Erwiderung auf eine Interpellation im Unterhause bereits gebührend abgefertigt hat. Alles das ist, wie gesagt, in seiner ersten und unmittelbaren Wirkung lächerlich und zu einem großen Teile auf rein geschäftliche Motive solcher Preßorgane und Journalisten zurückzuführen, die der Erfolg von William Le Queux, dem Verfasser des famosen Romans „Die Invasion von 1910", berauscht und aufgestachelt hat.

Aber die an sich zu Scherz und Spott herausfordernden Vorgänge erhalten dadurch einen ernsten und sehr bedenklichen Charakter, daß Leute von Rang und Namen, die man gewohnt war, ernst zu nehmen, sich gefunden haben, dieses närrische Treiben mitzumachen. Es ist einer der angesehensten Seeoffiziere Großbritanniens, Admiral H. W. Wilson, der in dem erwähnten Tendenzroman von Le Queux die Flottenkapitel geschrieben hat, und es ist einer der Mitinhaber der bekannten Firma für Geschütz- und Waffenfabrikation Armstrong, Maxim and Co., der einem kürzlich erschienenen Buche, in dem allen Ernstes erörtert wird, wie deutsche Luftschiffe die Flottengeschwader in Sheerneß, Dover und Portsmouth vernichten können, ein zustimmendes und empfehlendes Geleitwort vorangeschickt hat. Wenn also Lord Northcliffe bemerkt, durch solche Gespensterseherei werde England vor dem deutschen Volke lächerlich gemacht und als die Heimat nervös Degenerierter hingestellt, so passen solche Vorwürfe keineswegs bloß auf den „Penny-a-liner", wie der Engländer den „für einen Penny die Zeile" schreibenden Reporter nennt, und den smarten Geschäftsmann der Londoner City. Alle diese Stimmungen und Bestrebungen hätten aber nicht aufkommen können, wenn nicht Männer wie Feldmarschall Lord Roberts, Admiral Sir Charles Beresford und Lord Balfour, der allgemein als Nachfolger von Asquith betrachtete Führer der konservativen Oppositionspartei im Unterhause, den Anstoß gegeben hätten. Erst vor wenigen Tagen hat Lord Roberts aufs neue die Gemüter durch eine Brandrede in Aufregung versetzt, die lebhaft an jene Oberhausrede erinnert, worin der mit dem Orden vom Schwarzen Adler ausgezeichnete General mit rücksichtsloser Offenheit den Krieg gegen Deutschland zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen über die Heeresreform machte. Jetzt hat Lord Roberts im Oberhause eine Vorlage zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht eingebracht. Vielleicht kann in England, wo im Verlaß auf die insulare Lage des Landes der Gedanke allgemeiner Dienstpflicht nach wie vor stärkster Abneigung begegnet, nichts mehr beunruhigend wirken als die Behauptung, daß die englische Nation im Interesse ihrer Sicherheit und ihrer Weltstellung nicht länger auf dieses Verteidigungsmittel verzichten darf. Mit ähnlichen Behauptungen haben, mit Bezug auf die Flotte, Lord Beresford und Admiral Freemantle, und mit Bezug auf die politische Geschlossenheit und die finanzielle Leistungsfähigkeit des britischen Reiches Lord Balfour gearbeitet.

Diese Treibereien haben diesseits der Nordsee wohl Befremden oder Bedauern hervorgerufen, aber das deutsche Volk nicht aus seiner Ruhe bringen können. Man nimmt in Deutschland die Ausbrüche des Hasses und des Mißtrauens gegen Deutschland schon deshalb nicht allzu tragisch, weil man sehr wohl weiß, daß politische Motive, vor allem der herkömmliche und besonders in wirtschaftlichen Fragen tiefgehende Gegensatz zwischen Konservativen und Liberalen und die Bestrebungen, Mutterland und Kolonien zu einer engen und festen Reichseinheit zusammenzufassen, in die deutsch-englischen Beziehungen hineinspielen. Damit muß, so bedauerlich es sein mag, solange als mit einer unabänderlichen Tatsache gerechnet werden, bis eine neue Wahlentscheidung vorliegt und das imperialistische Programm einschließlich der immer dringlicher auftretenden Frage der Tarifreform in der einen oder anderen Weise zum Abschluß gebracht ist. Dabei darf der deutschen Presse wohl nachgerühmt werden, daß sie, ganz im Gegensatze zu der unionistischen englischen Presse, die das Ausland vor ihren Parteiwagen zu spannen sucht, durch ihre im allgemeinen rein sachgemäße Behandlung deutsch-englischer Verhältnisse und durch ihre abweisende Zurückhaltung gegenüber den englischen Herausforderungen die skrupellose Spekulation der englischen Oppositionspartei mindestens nicht gefördert hat. Diese würdevolle Haltung entspricht dem aufrichtigen Wunsche des deutschen Volkes, mit England eine bessere Verständigung anzubahnen. England erfüllt die Vorbedingungen einer solchen Verständigung nicht, wenn es mit einer Nervosität, die bei einer Nation von der kraftvollen und großen Vergangenheit des britischen Volkes doppelt befremdlich und betrübend wirken muß, auf jede Aeußerung deutscher Tüchtigkeit ängstlich horcht oder bei jeder Nachricht von einem kommerziellen oder technischen Erfolge Deutschlands schreckhaft zusammenfährt. Das deutsche Volk vermerkt, ohne Eitelkeit und Ueberhebung, aber doch nicht, ohne die richtige Nutzanwendung zu ziehen, wie Deutschlands Handel und Industrie im internationalen Wettbewerb mit Englands Handel und Industrie vorwärts kommen, wie englische Seeoffiziere und Fachschriftsteller in Ausdrücken höchster Achtung von der deutschen Flotte sprechen, wie die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung jetzt wieder bei der vom Handelsminister Churchill angekündigten Einrichtung eines Arbeitsbörsensystems für England immer häufiger vorbildlich wird, wie endlich die militärische Stärke und die unverbrüchliche Bundestreue Deutschlands auch in London ihren Eindruck nicht verfehlt haben.

In der mit deutschen und englischen Fahnen und Wappen geschmückten Guildhall, an derselben Stelle, an der zuletzt Kaiser Wilhelm als Vertreter des deutschen Volkes zu den Sheriffs und Aldermen der Londoner City gesprochen hat, sind aufs neue feierliche Friedens- und Freundschaftsversicherungen getauscht worden. Ueberall im deutschen Volke haben diese Kundgebungen Zustimmung und Widerhall gefunden. Und doch hat die Erfahrung gelehrt, daß es Uebereilung und unter Umständen gefährliche Selbsttäuschung wäre, an solche Besuche, selbst wenn sie weitere Kreise beider Länder einander näher führen, allzu hohe Erwartungen zu knüpfen. Seit vielen Jahren bemühen sich die besten Männer hüben und drüben, Reibereien und Mißverständnisse zu beseitigen und freundschaftliche Gesinnung zu pflegen. Gewiß sind hierbei erfreuliche Erfolge zu verzeichnen, aber diese Erfolge reichen nicht entfernt an diejenigen heran, die den Aposteln und Vorkämpfern der britisch-französischen Freundschaft beschieden gewesen sind. Gemeinsames Hoffen und gemeinsames Machtinteresse führen eben eher zusammen als eine wirtschaftliche Rivalität, die nicht aus der Welt zu schaffen ist. Seegeltung und Welthandel sind für Deutschland und England unentbehrliche Faktoren ihrer Existenz und Entwicklung. Die dadurch bedingten, in den Lebensinteressen beider Nationen begründeten Gegensätze können durch Besuchsfahrten und Trinksprüche nicht aus der Welt geschafft werden. Wohl aber sollte erwartet werden dürfen, daß das englische Volk, das durch Energie und patriotische Opferwilligkeit bei dem Aufbau seiner Weltstellung, bei der Durchführung seiner kolonialen und zivilisatorischen Tätigkeit, noch zuletzt bei der willigen Uebernahme schwerer steuerlicher Lasten zugunsten der Staatsfinanzen der übrigen Welt hohe Achtung abgenötigt hat, Selbstzucht und Willenskraft genug besäße, um das von Deutschland gegebene Beispiel der Ruhe und Sachlichkeit nachzuahmen, ohne die praktische Ergebnisse der mit so großem Kräfteaufwand begonnenen Aufklärungs- und Annäherungsarbeit unmöglich sind. Deutschland hat durch seine Haltung im Casablanca-Streit bewiesen, daß es gern zu Zugeständnissen bereit ist, wenn auch die andere Seite den guten Willen zur Verständigung zeigt. Es ist nicht abzusehen, warum nicht Deutschland und England auf derselben Grundlage zu neuem dauernden, beide Teile befriedigenden Einvernehmen gelangen sollten. Unerläßliche Voraussetzung dazu aber ist, daß England die volle Gleichberechtigung Deutschlands auf allen Gebieten nationalen Lebens anerkennt und diese Tatsache in seiner öffentlichen Meinung zum Ausdruck bringt, nicht aber Hetzereien und Hirngespinste duldet, die, seien sie auch noch so absurd, schließlich doch als deutliche Kriegsdrohungen empfunden werden müssen.

Zum Hausaputz nur „Wetterfest-Assolin-Farbe"
sofort einfarbig — halb so teuer wie Ölfarbe.
Friedrich & Glöckner, Dresden-A. 28.

Neueste Drahtmeldungen vom 25. Mai.

Zur Reichsfinanzreform.

Aus der Finanzkommission des Reichstages.

(Fortsetzung aus dem Abendblatte.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Finanzkommission des Reichstages führte in ihrer Nachmittagssitzung die Beratung der Brausteuervorlage zu Ende. Hinsichtlich der Frage, wann mehrere in einer Hand befindliche Brauereien als ein Betrieb anzusehen seien, wurde beschlossen: „Mehrere Brauereien, die für Rechnung ein und derselben Person oder Gesellschaft betrieben werden, sind im Sinne des Absatz 1 als ein Brauereibetrieb anzusehen, wenn sie ein wirtschaftlich zusammengehöriges Unternehmen bilden." Die meisten Paragraphen wurden, abgesehen von geringen Veränderungen, nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. Gestrichen wurde die Bestimmung, die den Gemeinden gestattet, die bisher erhobenen höheren Abgaben bis auf weiteres fortzuerheben. Der Bestimmung: „Für die Fälligkeit, Einzahlung und Stundung der von Gemeinden erhobenen Abgaben von Bier gelten die in den staatlichen Brausteuergesetzen festgesetzten Fristen" wurde einem Antrage Roesicke entsprechend hinzugefügt, daß diese Bestimmung nur für die norddeutsche Brauereigemeinschaft gelte. Auf eine Anfrage erwiderte Staats-